

Ercheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro
Semester.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Buchhandlungen
auf den 1. und 3. Monat, und auf den
3. Monat besonders angemessen; im
Wohlfahrt und Herzogth. Sachsen-
Weimar auch auf den 1sten Monat
des Quartals à 54 Pf.
Inserate
bitt. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.,
bitt. Preisangabe und Seite pro
Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Buchhandlungen und Post-
anstalten des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen.
New-York: Soc. Dem. Genossen-
schaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: E. Galt, 600 North
3rd Street.
J. Wolf, 1129 Charlotte Str.
Chicago: H. Eastermann, 290 Divi-
sion Street.
San Francisco: S. Ong, 418 O'Far-
rell Street.
London: B. Smith, 5 Nassau Street,
Middlesex Hospital.

Nr. 9.

Freitag, 20. Oktober.

1876.

Parteigenossen! Der Wahlkampf hat begonnen. Um ihn erfolgreich durchführen zu können, brauchen wir Geld — mehr Geld als bisher! Thue Jeder von Euch seine Schuldigkeit. Ermahnt Eure Freunde, welche die Freunde der Sache des arbeitenden Volkes sind, daß sie diesmal helfend und fördernd in die Bewegung eingreifen. Gilt es doch, bei Gelegenheit der Reichstagswahlen die Gegner des arbeitenden Volkes aus allen Positionen zu verdrängen und zugleich Heerchau über unsere Partei zu halten.

Gedenket also des Kampfes und der schon gemäßigten Kämpfer!

Alle Gelder sind zu senden an Aug. Weib, Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Hamburg, 12. Oktober 1876.

G. W. Hartmann. H. Brasch. A. Weib. C. Derossi. J. Auer.

Man reiße die Wunde auf —

es ist besser, daß sie blutet, als daß der Eiter das Blut vergiftet und das Leben in Gefahr kommt. So spricht jeder tüchtige, vernünftige Arzt, in dem Sinne muß auch jeder Politiker, jeder Volkswirth handeln, der es wohl mit dem Vaterlande und der Menschheit meint.

Auch der bekannte Professor Reuleaux huldigt diesem Grundsatz unbekümmert um die vielen Gegner, die er sich dadurch erwirbt, unbekümmert um die Quacksalber, die gar nicht wollen, daß der Leib des Volkes geneset, weil sie nur so lange geduldet werden, weil sie nur so lange ein Schmarogerleben führen können, so lange, als das Volk krank ist.

Als Reuleaux zuerst seine Briefe aus Philadelphia veröffentlichte — den Verfall der deutschen Industrie nachwies und auf die Ursachen desselben hindeutete, als daraus unzweifelhaft hervorging, daß alle Anlagen, welche man in dieser Beziehung auf die Sozialdemokratie geworfen, völlig unberechtigt seien, da zeterte man in den liberalen und fabrikanthigen Kreisen und nannte den offenen, unarmherzigen Kritiker einen „Reichsfeind“. Man sprach von einer Disziplinarmassenerziehung, von dem Mißbrauch, den er mit seiner amtlichen Stellung getrieben, indem er solche Kritik veröffentlichte, ja man ging sogar so weit — und zwar leistete ein fortschrittliches Blatt in Bremen diese Helldarstellung —, daß man den Tadel der deutschen Industrie und das relative Lob, welches dadurch für Frankreich entsprang, mit dem französischen Ursprung des Namen — Reuleaux — in Verbindung brachte. Unsere Reichsfreunde blamirten sich eben auf die jammervollste Weise.

Dieser Fluth von Schmähungen ist nun eine etwas ruhigere Stimmung gefolgt. Die Interessententhätigkeit beginnt sich zu regen. Die Schutzvölker rufen das Urtheil Reuleaux an, um die Industrie Deutschlands durch hohe Schutzzölle zu retten; die Freihändler aber deuten darauf hin, daß die Produktion allzulange im Stillstand und Kunstzwang geschwächt habe, daß alle Schranken baldmöglichst niederzureißen seien, damit die deutsche Industrie kein zweites Philadelphia erleide.

Professor Reuleaux hat nun seine kritischen Briefe, die ja seiner Zeit in der deutschen sozialistischen Presse ausführlich behandelt worden sind, durch einen Vortrag vervollständigt, den er kürzlich in Berlin im Verein für Gewerbeleiß gehalten hat. Mit großer Sicherheit und Strenge urtheilt er über die Ausstellungen der einzelnen Staaten.

Interessant ist es zu erfahren, daß die englische Fabrikation der Thonwaren (Porzellan u. c.) und die amerikanische der Möbelschleiferei u. c., die vordereitende, schwerere Arbeit den Maschinen und die leichtere kunstvollere den Menschenhänden zuertheilt, während in Deutschland die Maschine das Kunstvolle macht und dem Arbeiter die kunstlose, aber anstrengende Arbeit des Drehens zufällt.

Dann erfahren wir aus dem Vortrage, daß bei der Fabrikation musikalischer Instrumente in der Nordamerikanischen Union drei Viertel der Arbeiter Deutsche sind, und daß gerade diese Industrie auf der Weltausstellung die Bewunderung aller Kenner hervorgerufen hat. Aber, meinte Professor Reuleaux, man zählt auch in Amerika einen bedeutend höheren Lohn, als man das hier gewohnt ist, und eine ganz verkehrte Vorstellung haben alle die von den amerikanischen Verhältnissen, welche da glauben, daß die Preise der Consumartikel dort viel theurer seien, als in Deutschland. Einige sind theurer, andere sind viel billiger, so daß der Arbeiter mit denselben Lohne genau so leben kann, als der in Deutschland, mit höherem Lohne aber entsprechend besser.

Also die deutschen Arbeiter sind es, welche am Besten arbeiten, welche sich überhaupt „in Amerika zu hoher Vollenbung entwickeln“ — weshalb geschieht dies in Amerika und nicht im eigenen Vaterlande, wo doch nach dem Dichter die Wurzeln der Kraft sind? Fürst Bismarck, also gefragt, würde keinen Augenblick in Verlegenheit wegen der Antwort sein; so leicht, wie er im Reichstage die sozialdemokratischen Abgeordneten und Agitatoren für die Niederlage der deutschen Industrie und die geringere Produktionskraft der deutschen Arbeiter verantwortlich machte, ebenso leicht würde er jetzt antworten: „Ja, sehr Ihr, da hat man's. Hier in Deutschland bewirken die Sozialdemokraten, daß die Arbeiter schlecht werden; in Amerika ist die Sozialdemokratie noch von geringer Bedeutung, sie hat noch keinen größeren Einfluß an die Arbeiter errungen, deshalb sind dort die deutschen Arbeiter vorzüglich. Gerade Professor Reuleaux beweist, daß ich, Fürst Bismarck, recht hatte, Euch Sozialdemokraten verantwortlich zu machen für die geringere

Pravos! Bravo! laischen die „Reichsfreunde“, das war ein Wort; da hat sich Bismarck wie immer schlagfertig bewiesen — im Reichstage aber würden sie dem „genialen“ Anführer der Sozialdemokratie in Deutschland den Rücken durch einen Schlußantrag beden, damit ihm von einem Sozialdemokraten nicht folgendermaßen geantwortet würde:

„Fürst Bismarck mag ein großer Diplomat sein, er mag Kriege „im Interesse“ Preussens oder Deutschlands zu verhindern oder anzuzetteln verstehen — aber von Volkswirtschaft, von der Kulturentwicklung der Nationen versteht der „durchlauchtigste“ Herr nicht übermäßig viel. Er hätte allerdings in Deutschland genügendes Geld zum Lernen gehabt; wahrlich nicht schwer war es einzusehen, daß ein an und für sich nicht reiches Land, wie Deutschland, in welchem die Produktion noch nicht in dem Maße entwickelt ist, als in den Nachbarländern, eine solche Rauth von baarem Gelde nicht vertragen konnte, wie sie in den Jahren 1872—73 auf dasselbe durch die plötzliche Einlösung der Anleihen von Seiten der deutschen Regierungen und durch die Handrührung des Reichsloansfonds auf Privatbahnen sich ergab. Leicht war es einzusehen, daß die seitherigen Besitzer von Staatspapieren nimmere ihr baares Geld zinsbringend wieder unterbringen wollten; und dies gab die Hauptveranlassung zu den massenhaften und beispiellos leichtsinnigen und betrügerischen Gründungen zu Produktionszwecken. In diesem Gründungs-fieber trat die Eier nach leichtem schnellen Erwerb an alle Theilhaber heran — was Wunder, daß die Unternehmer von ihren Arbeitern lange Arbeitszeit und ein großes Arbeitsquantum verlangten, damit sie einen größeren pekuniären Erfolg durch schnellen Waarenumsatz erzielen, ohne daß sie auf die Qualität der Arbeit irgend Gewicht legten. Der Rohstoff war schlecht; der Arbeiter, welcher gut, aber langsam arbeitete, wurde entlassen. „Billig und schlecht“ lautete die Parole. Wer trägt nun die Schuld an dem Niedergang der deutschen Industrie?“

Doch immer ist die Frage noch nicht beantwortet, weshalb der deutsche Arbeiter in Amerika sich so glänzend entwickelt — nur, Reuleaux giebt den Grund selbst an — weil er höheren Lohn erhält, weil die amerikanischen Fabrikanten guten Rohstoff liefern und nicht auf übertratsche, sondern auf gute Arbeit sehen.

Die Sozialdemokratie aber ist unter den deutschen Arbeitern in Amerika ebenso heimisch, als unter den deutschen Arbeitern in Deutschland, wenn nicht noch in einem erhöhteren Grade. Die englischen, irischen, französischen Arbeiter in Nordamerika halten sich allerdings der sozialistischen Bewegung noch fern, die deutschen Arbeiter aber — zur Ehre sei es ihnen nachgesagt — halten die Fahne des Proletariats in nerviger Hand und streben mit Eifer und Kraft nach dem großen Ziele der Weltbefreiung.

Fürst Bismarck möge sich, wenn er uns dies nicht glauben will, bei dem Freunde seines intimen Rathgebers Wagener, bei Dr. A. Meyer erkundigen, der in solchen Dingen Bescheid weiß und noch kürzlich in seiner sozialpolitischen Correspondenz darauf hingewiesen hat.

Damit wäre nun die Ausrede beseitigt, daß die deutschen Arbeiter deshalb in Amerika bessere Leistungen verrichteten, als die deutschen Arbeiter in Deutschland, weil sie noch nicht vom Sozialismus angesteckt seien. — Noch erwähnt Reuleaux, daß die Sammetfabrikation in Linden bei Hannover und die Textilindustrie in Barmen-Elsfeld, dort wo die meisten Arbeiter Sozialdemokraten sind, eine ruhmvolle Ausnahme gemacht hätten; sonst aber sei die deutsche Textilindustrie weit hinter Frankreich und vielfach gar hinter Rußland zurückgeblieben.

Weiter ist es interessant, aus der Rede des Prof. Reuleaux zu erfahren, daß Amerika in der Maschinenindustrie Großartiges geleistet habe, daß aber einige Zweige des Maschinenbaues, z. B. Geschäsmaschinen gänzlich fehlten. Das ist sehr bezeichnend! Obgleich die Amerikaner verschiedene Riesentanonnen zur Vertheidigung von Häfen u. c. selbst fabrizirt haben und deshalb auch die entsprechenden Maschinen zur Geschäsmaschinenfabrikation produziren, so haben sie doch, um auf einer friedlichen Weltausstellung keinerlei Gedanken an Krieg, wenigstens in ihrer Abtheilung, aufkommen zu lassen, von der Schaulustigung derartiger Maschinen Abstand genommen, während Deutschland nicht nur durch Geschäsmaschinen, sondern auch durch die Krupp'schen Wordinstrumente selbst glanzvoll vertreten war.

Dahingegen war die deutsche Thonwarenindustrie nach dem Ausspruch des Professor Reuleaux „schlecht und miserabel“, wurde Königl. Porzellanmanufaktur in Berlin, habe in etwa

Man sieht, daß auch jetzt schon bei dem reaktionär-verworfenen Staatsgerichte die von den Liberalen so tiefgeschmähte und tiefer gehagte Staatsindustrie der Privatindustrie den Rang ablaut in Bezug auf gute Produkte. Wahrscheinlich ein Beweis von der Mäthe der Gesamtindustrie in einem freien sozialistischen Staate.

Der schlechte Geschmack sei übrigens bei der deutschen Ausstellung vorherrschend gewesen, so daß die Beschauer von hohmvollsten Bemerkungen gemacht hätten. Besonders schmerzlich aber hat es Professor Reuleaux berührt, daß, als ein Aussteller Sachen für Indien, die Türkei und Deutschland ausgestellt habe, die Sachen für Indien und die Türkei ausgezeichnet gewerkelt seien, die für Deutschland bestimmten Sachen aber unter allen Begriff schlecht; und diese Auffassung vom Werthe des deutschen Volkes sei allgemein herrschend gewesen.

Dies ist wahrhaft beschämend! Das deutsche Volk verdrößt eine solche Auffassung nicht, wohl aber diejenigen, welche in deutschen Landen die unerhörte Schmach von Philadelphia bereiten haben.

Nun hätte man wohl annehmen müssen, daß wenigstens in einem Industriezweige „das Volk der Dichter und der Denker“ erhellere würde — nämlich im Buchgewerbe. Prof. Reuleaux aber sagt: „Unser Buchgewerbe, das sich bereits lange zuvor zusammengesetzt hatte, um würdig vertreten zu werden, und da in der That auch mit seinen besten Kräften in Amerika erschienen war, hat trotzdem Fiasko gemacht und ist auf jedem Punkte geschlagen worden. Papier, Typen, Bindung, kurz Alles schlechter, als wir es bei anderen Nationen trafen.“

Also auch noch die Niederlage in einem Gewerbezweige, an dem sich die Deutschen so viel zu Gute thaten. Für die Perle deutschen Geistes vermag die deutsche Industrie nicht einmal ein entsprechend schöne Schale zu schaffen! Das ist bitter, das trifft den deutschen Kritiker selbst schwer, und freudig berichtet er, daß das Buchgewerbe ihm die Versicherung gegeben habe, daß ein Verringerung eintreten würde.

Soweit über die hochinteressante Rede.

Wir wollen nur noch bemerken, daß die Beweise sich thur hoch fortwährend häufen, daß die Schuldigen an der deutschen Schmach nicht unter dem arbeitenden Volke, nicht unter den Sozialdemokraten sich befinden, sondern unter denen, welche loschreiend die Schuld dem Volke und dem Sozialismus aufhaben möchten.

Die Sonne der Wahrheit bringt es an den Tag!

Die beste der Welten.

In unserm Chemnitzer Parteiorgan finden wir folgende Mittheilung, von der wir bereits in Nummer 7. Notiz genommen haben, die es aber verdient, vollständig abgedruckt und einer kurzen Beleuchtung unterzogen zu werden:

„Chemnitz, 11. Oktober. Ein schweres Unglück passierte gestern auf einem Neubau an der Martinstraße. Ein Maurer stürzte in Folge eines Fehltrittes vier Stod hoch vom Gerüste herab und fand dadurch seinen Tod. Der Unglückliche, ein noch junger Mann, war verheirathet und Vater von drei unermöglichten Kindern. — Zwei Vorübergehende, welche das Unglück mit anjahen glaubten, es sei noch Rettung möglich und liefen schleunigst nach einem Arzte. Der Zufall führte ihnen auch einen solchen gleich auf der Straße in den Weg, nämlich den Dr. Treibmann hier. Sie gingen denselben um Hilfe an, doch ward dieselbe verweigert und der Herr Doktor setzte seinen Weg fort. Ein Arzt kam also nicht an die Unglücksstelle, dagegen war viel Polizei vorhanden. Ein Polizeibeamter, darüber befragt, ob in solchen Fälle ein Arzt verpflichtet gewesen sei, mit zur Unglücksstelle zu gehen, gab darauf ausweichende Antwort. — Wir meinen, wenn der Verunglückte noch zu retten gewesen, so hätte dies ein Arzt vermocht, und er wäre daher nöthiger gewesen, als die Polizei. — Arzte sollten doch nicht so interessiert auf eine Wundmähung sein, wenn es einem Menschen gilt, der zwar arbeitsfähig und nicht sichere Zahlung garantiert, der aber das einzige Gut, welches er besaß, Leben und Gesundheit, für die Gesellschaft an den Spiel setzte und opferte. Diesem Opfer kommt kein anderer gleich.“

Die erzählte Thatsache spricht für sich selbst. Die an dieser Thatsache geknüpften Reflexionen erheben einige Bemerkungen. „Arzte sollten nicht so interessiert sein“ — mein unser Parteiorgan. Warum „sollten“ sie nicht? Aus Wem hätte der Arzt Treibmann allerdings die Pflicht Bernab. Bis zu

glücken zu Hilfe zu eilen. Was hat die Menschenpflicht mit bürgerlichen Gesellschaft zu thun? Nichts, absolut nichts. 'Ihre' ist ein Wort, das in der russischen Sprache nicht vorkommt. 'Ehre' ist ein französischer Begriff, sagen die Russen; eschlichkeit und Herz sind Worte, die in der Nationalökonomie nicht vorkommen. Jeder für sich, Keiner für den Andern, es sei denn, um Geld zu machen. Dienst nur für klingenden gendienst. Das ist bürgerliche Lebensweisheit — und wer ist darnach handelt, macht sich einer „albernen Sentimentalität“ schuldig.

„Wenn Sie Ihren Vater verhungert auf der Straße trafen, läßt Sie nach Ihren Prinzipien ihn ruhig verhungern lassen?“ — er einst ein Sozialdemokrat einem bekannten Vertreter des Landesherrthums ein.

„Eigentlich müßte ich es“, lautet die durchaus correcte Antwort. Der Sohn, welcher den verhungerten Vater speist, geht eine Sünde gegen den heiligen Geist der Bourgeoisökonomie.

Wer in dem Kampfe der freien Konkurrenz, in dem Krieg der gegen Alle zu Boden sinkt, gut, der wird unter die Füße treten — von Rechts wegen. Und wer ermattet, wird bei Seite werfen, er mag verschmachten — geschieht ihm recht! Es giebt eilich Gesetze, welche die Kinder zur Unterstützung der erwerbsfähigen Eltern, die Gemeinden zur Unterstützung der Armen halten, das sind aber schmale Beschränkungen der freien Konkurrenz, frevelhafte Eingriffe in die persönliche Freiheit, welche in „reactionären“ Staat den Haß der Manchesterleute zugezogen haben, und um bereutwillen sie ihn „abzuschaffen“, in die berühmte schwächer-Gesellschaft auflösen wollen. Der Spruch des römischen Dichters:

„Homo sum, nihil humani a me alienum puto —

Ich bin ein Mensch, nichts Menschliches halte ich mir fremd —

ich bin nicht ein Mensch, sondern ein Geschäftsmann, —

— Alles Menschliche halte ich mir fremd.

„Mit dem Menschlichen sind keine Geschäfte zu machen — natürlich nicht von Jemand, der so schwachköpfig ist, ein Mensch sein.“

Das „dumme Volk“ hat sich noch nicht auf die Höhe der urgeroischen Anschauung emporgeschwungen — es glaubt noch an Menschen und beurtheilt noch mit seinem Menschenverstand in Geschäftsmann nach menschlichen — Vorurtheilen. Zuweilen hat das tragische Folgen gehabt. Die Geschichte weiß von Kornwucherern und Vätern zu erzählen, die vom Volke getödtet wurden, weil sie — gute Geschäftsleute waren. Das Volk verachtet eben nichts von der bürgerlichen Oekonomie.

Kurz, die bürgerliche Oekonomie kennt keine Menschen, bloß Geschäftsleute, die sämmtlich nur den einen Lebenszweck haben: möglichst schnell reich zu werden.

Warum sollen die Aerzte, Kornwucherer, Väter eine Anstalt einnehmen? warum mit einem besonderen Nahmen gemessen werden? — Der Arzt, welcher dem Schwerekranken, dem Berunglückten den Beistand verweigert, ist um in Haar breit tadelnswerther, als der Tuchhändler, der dem Lumpen Gehältnis nicht Tuch zu Kleidern schenkt, als der Acker, der dem Straßendieb nicht gleich ein paar hundert oder in die Hand drückt.

Und doch ist es barbarisch, unmenschlich! Gewiß — das agnen wir am wenigsten. Aber der Vorwurf der Barbarei, der Unmenschlichkeit darf nicht an die falsche Adresse gerichtet werden. Die heutige Gesellschaft ist es, auf welcher die Verantwortlichkeit lastet, und — um Mißdeutungen vorzubeugen, ist das hier gesagt — wenn es einen Stand giebt, der diese Barbarei und Unmenschlichkeit zu mildern sich bemüht, so ist es — im Großen und Ganzen — gerade der Stand der Aerzte.

Wer die bürgerliche Gesellschaft will, muß diese Barbarei und Unmenschlichkeit mit in Kauf nehmen.

Wer diese Barbarei und Unmenschlichkeit nicht will, muß mit den Sozialisten auf Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft inarbeiten.

Der vorliegende Fall ist noch von einem anderen Gesichtspunkt aus interessant. Er demonstrirt so recht augenfällig die Harmonie der Interessen. Der Beruf des Arztes ist, Krankheiten zu verhüten und zu heilen. Dies steht aber in diametralen Widerspruch mit der Stellung, in welche die bürgerliche Gesellschaft den Arzt gebracht hat. Je besser er seinen Beruf erfüllt, desto schlechter steht es um sein „Geschäft“. Je fählicher er Krankheiten verhütet und heilt, desto spärlicher steht seine Erwerbsquelle; und hat er das Ideal seines Berufs: die vollständige Verhütung von Krankheiten, erreicht, so muß er verhungern.

Während also der Beruf des Arztes die Ausrottung der Krankheiten zum Ziel hat, erheischt das Geschäft des Arztes Krankenservirung und Vermehrung der Krankheiten. Und während Interesse des Publikums möglichste Verhütung, liegt im Interesse des Arztes möglichste Verbreitung der Krankheiten.

Die schlauen Chinesen haben diesen grotesken Zwiespalt der Interessen durch eine sinnreiche Einrichtung zu beseitigen gesucht. Jede Familie, der ihre Mittel es erlauben, hat einen bestimmten Arzt; statt demselben aber, wie dies bei uns Sitte ist, entweder ein Fixum oder das Honorar für die von ihm geheilten oder nicht geheilten Krankheiten zu bezahlen, bezahlt der Chinese seinem Arzt nur die gesunden Tage und macht ihm für jeden Tag der Unfähigkeit oder Krankheit einen Abzug. So ist das Interesse des Publikums und der Aerzte einigermassen in Harmonie gebracht; der Arzt hat ein Interesse, seinen Klienten gesund zu erhalten, wie dieser ein Interesse hat, gesund zu bleiben.

Allein nicht Jeder kann sich den Luxus eines eigenen Arztes gestatten; würde die chinesische Einrichtung bei uns eingeführt, so wäre nur das Interesse einer kleinen Minorität gewahrt. Soll das Interesse Aller — einschließend der Aerzte — gewahrt werden, so muß der Arzt anshören, auf Stücklohn für zu arbeiten, der ihn bezahlen kann; er muß Geschäftsgehilfe (Staats-) Beamter werden. Als solcher dient er So-Gesamtheit und wird für seine Arbeit entsprechend belohnt. Seine Interesse ist es, seine Pflicht zu thun; und seine Pflicht ist, der So-Gesamtheit seine Dienste zu leisten. Das Interesse des Publikums fällt mit seinem eigenen Interesse zusammen. Die Harmonie der Interessen ist Wahrheit geworden — die dialektische Frage, so weit die Aerzte im Spiel sind, gelöst.

Und nun erweitern man das Beispiel, dehne es aus auf die dorigen Erwerbs- und Arbeitszweige. Jede gesellschaftlich notwendige Arbeit wird gesellschaftlich; jeder Mensch, der diese gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichtet, wird gesellschaftsbeamter; jeder Arbeitsfähige ist zu arbeiten verpflichtet. Die Gesellschaft hat für die höchstmögliche Ausbil-

Satz: Gleiche Rechte, gleiche Pflichten — keine Rechte ohne Pflichten —

Das ist die sozialistische Lösung der sozialen Frage. Das ist die allgemeine Harmonie der Interessen.

Der französische Arbeitercongrès.

III.

Paris, 11. Oktober.

Am 7. Oktober beschäftigte sich der Congrès mit der Verhandlung über die Frage der direkten Vertretung des Proletariats im Parlament.

Sämmtliche Redner, welche die Angelegenheit behandeln, stimmen in der Anerkennung der Nothwendigkeit überein, daß die Arbeiter für eine zuverlässige Vertretung ihrer Interessen in den Gesetzgebenden Körperschaften sorgen und behaupten, daß die meisten bisher von ihnen mit Mandaten betrauten Vertreter ihrer Pflicht nicht genügt haben, ja daß sie, wenn sie die Grundsätze, welche sie, um ihre Wähler zu gewinnen, verkündeten, nach der Wahl in dem Parlamente verleugnet hätten. — Es werden von den verschiedenen Rednern verschiedene Vorschläge nur über die Mittel gemacht, durch welche eine sichere parlamentarische Vertretung des Proletariats geschafft werden könne.

Albert aus Lyon meint, daß die Candidatenliste des Proletariats durch eine besonders zu diesem Zweck von den Coöperativgesellschaften gewählte Jury aufgestellt werden müsse.

Savin (de Mans) wünscht, daß das Recht des Gesetzesbeschlusses aus den Kammern in die Volksversammlungen verlegt werde. Die Kammern sollen die Gesetze nur ausarbeiten, die Wähler aber sie genehmigen oder verwerfen.

Prost aus Dijon, welcher, da er die Abgeordneten Lockroy und Targé angreift, unter deren Anhängern Lärm hervorruft, schlägt die Wiedereinführung des Listenwahlrechts (eine Wahlart, in welcher nicht Districteandidaturen aufgestellt werden, sondern die Parteien offizielle Listen anfertigen, und diejenigen auf den Listen officiellen Candidaten als gewählt gelten, welche die meisten Stimmen erhalten haben. — Die Gewählten sind somit nicht von einzelnen Kreisen, sondern von ganzen Departementen gewählt) vor. Er verlangt, daß jeder Mandatsträger bei Uebnahme seines Mandates seinen Wählern seine Demission (Verzichtserklärung) unterschrieben mit offen gelassenem Datum übergebe, damit dieselben dieses nur auszufüllen haben, um im Falle begründeter Unzufriedenheit mit seinem Verhalten, ihn besetzen und durch einen anderen ersetzen zu können. Ein Consultativcomité der Wähler soll alle legislativen Voten des Abgeordneten bestimmen.

Dem Belgier Feltete, der sich hierauf zum Wort gemeldet hat, wird dasselbe nicht ertheilt, da nach dem Verlaufsprotokolle Ausländer sich an die Discussion nicht betheiligen dürfen. Der sich ob dieses Entschades erhebende Lärm wird dadurch beschwichtigt, daß Feltete selbst auf das Wort verzichtet.

Chabert rath Arbeiter zu wählen, deren Urtheil in praktischen Arbeiterfragen von hohem Werthe sei und empfiehlt für die Errichtung wirklicher Arbeiterorgane zu wirken. Er habe auf der Durchreise zur Wiener Weltausstellung gesehen, wie in Augsburg z. B. gewöhnliche Arbeiter, nachdem sie den Tag hindurch gearbeitet, des Abends für ihr sozialistisches Blatt schreiben und dies mit gutem Erfolge. Ein Gleiches müsse in Frankreich geschehen.

Gautier will, daß man nur ganz ausnahmsweise einen Vertreter zum zweiten Male wähle, damit keine parlamentarische Aristokratie geschaffen werde.

Herr Defolly und Olligier vertreten im Allgemeinen die Anschauungen der aufgeführten Redner.

Den Schluß der Sitzung bildet, nachdem ein Protest in der Angelegenheit von Feltete zurückgewiesen worden ist, die Wahl der Commission zur Ausarbeitung der Resolutionen über die behandelte Frage.

Den Inhalt der Debatten der Versammlungen am 8. Oktober bilden „Produktiv-, Credit- und Consumvereine“.

Der erste Redner, der Anstreicher Finance, beweist die Unfähigkeit des Genossenschaftswesens im heutigen Staate das Arbeiterlohn zu beseitigen in einem längeren, gediegenen Vortrage, in welchem er den allgemeinen Mißerfolg der in Frankreich seit 1848 gegründeten Productivvereine schildert. Auch in Deutschland, so führt er aus, haben die nach dem Rezept von Schulze-Delitzsch eingerichteten Erwerbsgenossenschaften, die Credit- und Consumvereine, wenigstens insofern, als sie Interesse für den Arbeiter haben, sich hilf- und lebensfähig erwiesen und den geistigen Inhalt dieser Bewegung kennzeichnend die Haltung Schulze's und der Liberalen gegenüber Frankreich. Während die Sozialisten die Sedanfeier bekämpfen und damit ihre Feindseligkeit bekunden, hegen jene fort und fort gegen Frankreich und zum Kriege. Auch der Erfolg der Genossenschaftsbewegung in England sei ein zweifelhafter. Die Pioniere von Rochdale haben heute nach 25 Jahren einen Geschäftsantheil von nur 470 Frs., und der Reingewinn der Consumvereine betrage pro Mitglied jährlich 50 Frs. — Die Anhänger des Genossenschaftswesens seien Utopisten. Selbst die Hilfe des Staates, des monarchischen, oder bürgerlich-republicanischen — mache die Genossenschaftsbewegung nicht nothwendig und förderlich für das Arbeiterwohl, da bei nicht genügender geistiger und moralischer Selbstständigkeit der Arbeiter sich für das selbstliche Streben der Staatsleitung leicht mißbrauchen lassen werde. Der Redner rath den Arbeitern, von cooperativen Genossenschaften abzusehen und die ganze Thätigkeit der Gründung der Syndikats- und Widerstandskassen und der Agitation für Verkürzung der Arbeitszeit zuzuwenden. „Sie haben, — so schließt er — volle bürgerliche Freiheit und ein rein menschliches, weder einen Gott noch einen König kennendes Unterrichtssystem anzustreben!“

Der allseitige, lärmende Beifall, der ihm zu Theil wird, beweist, daß ein großer Theil der Delegirten seine Anschauungen theilt.

Es wird nun ein Telegramm des italienischen Arbeitercongresses in Rom verlesen, das von Filippini unterzeichnet, die französischen Arbeiter beglückwünscht. Die Versammlung beschließt, daß der Gruß telegraphisch erwidert werde, was sofort geschieht.

Die nächsten Redner Lesebre und der Referent Ricaisse treten für die Genossenschaften ein.

Ricaisse verlangt die Errichtung einer Commission, welche die Gründung einer Arbeiterzeitung zu betreiben hat. Nach ihnen sprachen noch Mosquin, Pagéze und Marceau in gleichfalls den Assoziationen geneigtem Sinne.

Die übliche Commissionwahl ist die letzte Arbeit der Versammlung an diesem Tage.

In der Discussion am 9. Oktober über „Pensions- und Versorgungskassen“, welche Herr Amat aus Lyon leitete, tritt Malinvald aus Limoges gegen die Inanspruchnahme der Unterstützung des gegenwärtigen Staates auf und befragt die Errichtung von Privat-Pensionskassen und Familienvereine.

Ponlet (Paris) wünscht Staatsunterstützung und zwar aus dem Ertrage einer auf die Dividenden der Aktiengesellschaften gelegten Steuer.

Milan und Rigol vertheilen die Errichtung staatlich unabhängiger, aus Arbeitermitteln herzustellender Kassen, die aber möglichst nach Gewerke getrennt gehalten und den Syndikatskammern unterworfen werden sollen.

Harry (Schuhmacher aus Paris) ist gegen die Staatsunterstützung und für Errichtung von Kassen nicht nach Gewerke, sondern nach Gemeinaden, die unter sich in föderativem Verhältnisse stehen sollen und auch den Landarbeitern Hilfe zu gewähren haben.

Die nämliche Meinung vertreten Merle, Deville, Delaye, Hardy und Davignie.

Die auf der Tagesordnung der nächsten Versammlung, der vom 10. Oktober, stehende Frage: „Die Beziehungen der Industriellen und der ländlichen Arbeiter“ fand ihre Erledigung durch die Reden von Corjin (Portefeuil-Arbeiter) und Hamet, welche die Organisation, auch der ländlichen Arbeiter, deren Aufklärung und Bildung, die Befreiung derselben von priesterlicher Bevormundung als gebieterisch nothwendig für die Hebung ihres geistigen und sittlichen Zustandes verlangten. Eine endgiltige wirtschaftliche Besserung der Lage des Landproletariats kann nur die Gemeinsamkeit des Bodenbesitzes herbeiführen. Dies ist das Ziel, auf das man die Aufmerksamkeit der Landarbeiter zu lenken habe.

Es folgen die Referate der Commissionen über die ihnen unterbreiteten 8 Fragen. Den wesentlichen Inhalt dieser Referate und die aus ihm extrahirten Forderungen werden wir in der nächsten Nummer bringen.

Wir berichten nur noch, daß zur Ausführung der Beschlüsse des Congresses und zur Leitung der weiteren Propaganda ein Comité von 11 Personen gewählt worden ist, in dem sich unter Anderen auch Arl. André befindet.

Der nächste Congrès soll am 2. Oktober 1877 in Lyon abgehalten werden.

Hierauf spricht Chabert im Namen des Initiativcomités den Delegirten für ihre ruhige und würdige Haltung seinen Dank und den Arbeitern der ganzen Welt die brüderlichen Gefinnungen der Versammlung aus. Er schließt mit den Worten: „Überall, wo man arbeitet, und wo man leidet, fordern die Arbeiter einstimmig das Aufhören der Unterdrückung, die Herrschaft des Rechts und der Gerechtigkeit, den Fortschritt, die Freiheit und die allgemeine Republik. — Unter dem Rufe: „Vive la République!“ (Es lebe die Republik!) erheben sich die Delegirten und schließt der erste französische Arbeitercongrès.

Verichtigung. Gegen Schluß des Artikels „Hoch die Brüder in Frankreich!“ in voriger Nummer finden sich zwei Druckfehler, die nur aus einem Theil der Auflage entfernt werden konnten. Es muß heißen: *Vivro en travaillant ou mourir en combattant!* —

Politische Uebersicht.

— Auffallenderweise hat Fürst Bismard gegen den Redacteur der „Deutschen Reichsglocke“ bloß auf Beleidigung, nicht auf Verleumdung geklagt. Es ist dies ein sehr wesentlicher Unterschied, da eine Beleidigungsklage nur die Form, eine Verleumdungsklage dagegen den Inhalt betrifft. Wer z. B. Jemand, der gestohlen hat, einen Spitzbuben nennt, macht sich einer Beleidigung, aber keiner Verleumdung schuldig; bei der Beleidigungsklage ist daher der Beweis der Wahrheit als belanglos ausgeschlossen.

Welcher Art die von der „Deutschen Reichsglocke“ gegen den obersten Beamten des deutschen Reichs erhobenen Anklagen sind, sieht man aus nachstehendem Rückens (gut Bismard'schen) Wiener „Presse“, welches in die (ebenfalls gut Bismard'sche und tadellos reichstreu) „Deutsche Allgemeine Zeitung“ übergegangen ist: „Ich mache“, so wird der Presse unterm 10. d. aus Berlin geschrieben, „auf eine merkwürdige, gegen den Fürsten Bismard gerichtete Bewegung aufmerksam, die nachstens viel von sich reden machen dürfte. Die Herren v. Dieß-Daber, Dr. Rudolf Meyer und Consorten erzählen, bei der Gründung der Reichshild-Veichröder'schen Central-Vodentreditgesellschaft habe das Banthaus S. Veichröder den Reichskanzler mit einer Zeichnung von 1 Million theilhaftig, nachdem der Kanzler auf Veranlassung des Hrn. Gerson v. Veichröder das Zustandekommen der Gesellschaft bewirkt und sogar beschleunigt habe. Es wird weiter gesagt und angeführt durch den Druck die Nachricht verbreitet, aus dem Nachlasse des Hrn. v. Wedemeyer, der sich erschossen und der kurz vor seinem Tode den Kanzler schriftlich gebeten habe, seine Beziehungen zu Hrn. Veichröder zu lösen, seien Schriftstücke verschwunden, die auf die Affaire Central-Vodentredit und Anderes Bezug nähmen. Central-Vodentredit war ein Papier, an dem rasch sehr viel Geld verdient wurde, und die v. Dieß'schen Mittheilungen und Andeutungen bezwecken die Erregung des Verdachtes, der Fürst habe durch Veichröder'sche Vermittelung im Dienste von Gründern gestanden und dabei große Summen verdient. Diese Dieß-Meyer-Gehlfen'schen Geschichten werden allerwärts erzählt und man ist des Augenblickes gewärtig, wo der Staatsanwalt die Verleumdungsklage formuliren wird. Der politische Zweck der Bismard'schen Widerzacher ist kurz der, ihn zu stürzen. Um diesen ebenso fein als niederträchtig eingefädelten Intriguen die Spitze abzubrechen, wäre es allerdings sehr wünschenswerth, wenn der Strafantrag gegen ihre Urheber so bald wie möglich gestellt würde.“

So weit bis jetzt bekannt, ist der Strafantrag nur auf Beleidigung gestellt, geht folglich nicht auf Widerlegung der Anklagen. Eine Verurtheilung wegen Beleidigung würde die Anklagen in voller Kraft bestehen lassen. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß wir es hier mit einer Revanche zu thun haben. Als Fürst Bismard seinen Streit mit dem Grafen Arnim zuerst vor die Oeffentlichkeit zog, enthielten verschiedene dem Fürsten nachstehende Blätter Hindeutungen auf angebliche lichteu Geldmanöver Arnim's. Aber auch nicht die Spur eines Beweises konnte erbracht werden. Wir sehen, daß Graf Arnim nun den Spieß umgedreht hat. — Da gerade von Arnim die Rede ist, hier eine Notiz zur Kennzeichnung des famosen „Duell's“: Nach einer Mittheilung der „Vollzeitung“ bestand ursprünglich die Absicht, den Grafen Arnim auch „wegen Veruntreuung“ bestrafen zu lassen, und zwar weil er einen der Befandtschaft in Paris gehdrigen Lehnhiesel, in dem seine Tochter gestorben war, als Aendenen nach Berlin mitgenommen hatte, nachdem er zuvor den Taxwerth bezahlt! Der sehr ungünstige — und nicht dem Verurtheilten! — Eindruck, den dieser Prozeß in allen Kreisen, selbst den nationalliberalen, gemacht hat, kann durch solche Details nur noch verstärkt werden. —

wohlunterrichteter Seite der Renegat Bücher, bisher vortragender Rath Wisnards, zum Staatssecretär ernannt worden sein, und an die Stelle Bucher's kein Geringerer treten soll als — Wagener. „Wir können's nicht glauben!“ höhnt die „Weserzeitung“. Wir sehr wohl.

„Abhrechend“ hat die in München an zwei Menschen vollzogene Todesstrafe nicht gewirkt, da schon drei Tage nachher ein Nord an dem Hausrecht des Wirthes im Färbergraben verübt worden ist. Man kann vielmehr behaupten, daß die schauerregenden Schilderungen, welche die Blätter über die haarsträubenden, höchst peinlichen gewaltthätigen Vorgänge bei der Hinrichtung des Ruf gebracht, die Gemüther der Zuschauer verwirrt und Mordgedanken wachgerufen haben. — Ueber ein Nachspiel der Hinrichtung bringt die „Frankfurter Zeitung“ eine höchst interessante Betrachtung, in welcher es folgendermaßen heißt: „Die beiden Hingerichteten wurden in bereitgehaltene Särge gelegt und sofort von der Richtstätte weg in die Anatomie gefahren, um dort zu Studiren benützt zu werden. Mit der Hinrichtung Ruf's soll sogar so lange gezögert worden sein, bis der Wagen, welcher die Leiche Gläser's in die Anatomie gebracht hatte, wieder zurückgekommen war. Allein die Hauptfrage ist: woher leitet die Staatsbehörde das Recht, mit dem Körper eines Hingerichteten in solcher Weise zu verfahren? Kein Strafgesetzbuch enthält ein derartiges Verfügungsrecht über die Leichname Hingerichteter, was doch selbst dann sein müßte, wenn man dasselbe als eine rechtliche Folge des Todesurtheils betrachten wollte. Durch das Erleiden der gesetzlichen Strafe gelangt jeder Verbrecher wieder zu seinem Rechte. Mit dem Niederfallen des Beiles hört die weltliche Rechtsgewalt auf, die Strafe ist vollzogen, der Verbrecher hat dem Gesetz volle Genüge geleistet, und was Jemand noch gegen ihn unternehmen wollte, jede beschimpfende Behandlung des Leichnams u. s. w., wozu die eigenmächtige Ablieferung in die Anatomie gehört, erscheint als eine gesetzwidrige Schmach, verübt gegen Jemand, welchen der Schlichter wieder mit dem Gesetz veröhnt hat. Wohl können aus polizeilichen Rücksichten gewisse Vorkehrungen über das Berbringen der Leiche zur Grabsstätte u. s. getroffen werden; allein eine Disposition, welche den Menschen gleichsam zu einer Sache macht, mit der man schalten und walten kann, ist rechtlich nicht zu begründen, selbst wenn man das Interesse der medizinischen Wissenschaft zu Hilfe nehmen wollte, da mit diesem Argument der Staat sich über den Leichnam eines jeden Staatsbürgers, dessen Todesstrafe vielleicht einen „interessanten“ Fall bildet, herfallen könnte.“ — Das Eine ist nur erfreulich, daß diese in München stattgefundenen Hinrichtungen nach allen Seiten hin und von allen Seiten eine verdamnende Beleuchtung erfahren hat, so daß man sieht, daß die deutsche Nation in ihrer überwiegenden Majorität Segnerin der Todesstrafe ist, und daß außer den wenigen Personen im Volke nur einzelne deutsche Staatsmänner und die Frömmel auf dem mittelalterlichen Standpunkt des Kopfabklagens sich noch befinden.

Die Spitzbüberei und die Demoralisation unter den russischen Beamten und Würdenträgern ist weltbekannt. Ein Fürst Vladimir Meshchersky, welcher in Serbien auf dem Kriegsschauplatz weilte, führt bittere Beschwerden in verschiedenen Telegrammen an russische Blätter über die Leitung der Gesellschaft des rothen Kreuzes, zur Pflege der Kranken und Verwundeten. Die Verwundeten entbehren der Wäsche und fast aller notwendigen Dinge, und wörtlich heißt es dann weiter: „Es ist unbegreiflich, wohin das für die Verwundeten bestimmte Geld kommt. Die Ehre des russischen Namens fordert eine unverzügliche Aufklärung über diesen Gegenstand.“ — Der gute Fürst! Was heißt: „Ehre des russischen Namens“ — diese Ehre ist die Ehre des Räubers; der russische Staat ist ein Raubstaat und die russischen Würdenträger plündern gleichfalls, wo sie nur können. Zeigt uns dies doch der gute Fürst selbst durch seine Telegramme. Die Freundschaft Rußlands für Serbien ist in hohen und niederen Regionen die der Kape, welche mit der Maus spielt. Daß die Russen ihren befreundeten verwundeten Serben sogar die Hemden vom Leib stehlen, ist eben ächt — russisch.

Bündnisse. Das Dreikaiser-Bündniß ist glücklich in die Brüche gegangen, und aus den Zeitungen verschwunden; nur dann und wann thut noch ein besonders unverfrorenes Reptil, als ob das Ding am Leben wäre oder je gelebt hätte. Zwei der „verbündeten“ Kaiser suchen sich Bundesgenossen gegen den dritten der „verbündeten“ Kaiser und dessen Bundesgenossen. Da Preussisch-Deutschland nicht stark genug ist, für „Väterchen“ gleichzeitig Frankreich und Oesterreich lahm zu legen, so stiebert man nach einem Helfershelfer herum und ist dabei auf Italien verfallen. Ob das projektirte russisch-preussisch-italienische Bündniß zu Stande kommen wird, dürfte indeß zu bezweifeln sein. Dem landhungrigen Victor Emanuel ist Alles zuzutrauen, daß aber die Sympathien des italienischen Volkes nicht den Gegnern Frankreichs gehören, hat der Krieg von 1870/71 gezeigt. Und dieser Tage hat sich wieder gezeigt, wie warm das Herz der italienischen Arbeiter für die Brüder in Frankreich schlägt. Während die nordische Diplomatie ihre lichtscheue Kunst übt, um dynastische Allianzen zum Verderben der Völker zu knüpfen, wurde von den Arbeitern Frankreichs und Italiens bei besten Tageslicht eine Allianz geschlossen, die der Menschheit nur zum Heile gereichen kann und vielleicht bestimmt ist, jene dynastische Allianz zu zerreißen. Gleichzeitig mit dem französischen Arbeitercongreß in Paris tagte ein italienischer Arbeitercongreß in Rom. Am 8. d. schiedte letzterer an ersteren folgendes Telegramm:

Paris—Rom, 8. Oktober 1876, 10 Uhr 50 Minuten.
Präsident des Arbeiter-Congresses, Paris, Rue Arad. Der Vorstand des vierzehnten italienischen Arbeiter-Congresses entbietet den französischen Arbeitern Brudergruß.

Für den Vorstand: Filippieri.
Die Verlesung dieser Depesche rief bei den Empfängern einen Sturm der Begeisterung hervor. Die Mitglieder und Besucher des Congresses brachen in rauschende Freudenbezeugungen und in den Ruf aus: Es lebe Italien! Der Vorsitzende, Chabert, schlug vor, umgehend zu antworten, was auch angenommen ward, nachdem ein Arbeiter zu allgemeiner Heiterkeit bemerkt hatte: „das Telegramm von Rom ist besser als der päpstliche Segen!“ Sogleich ward nachstehendes Telegramm entworfen und abgelesen:

Filippieri, Vorstand des italienischen Arbeiter-Congresses, für die italienischen Arbeiter, Rom. Die französischen Arbeiter senden ihren italienischen Brüdern brüderlichen Gruß; ewiges Bündniß zwischen der italienischen und französischen Demokratie.

Für den Congreß: Der Tages-Präsident Chabert.
Der Jubel, den dieses Telegramm in Rom hervorrief, entsprach dem Jubel, welchen das römische Telegramm in Paris

und wir erweitern den Brudergruß im Sinne der französischen Arbeiter: Ewiges Bündniß zwischen den Sozialdemokraten aller Länder!

Rußland sucht noch nach „Gründen“, den türkischen Waffenstillstandsvorschlag, der von den Westmächten, sowie von Oesterreich für annehmbar erklärt worden ist, zu verwerfen; und die Wisnardsche Presse hilft nach Kräften auf dieser Suche. Beängstigende Gerüchte durchschwirren die Luft, Handel und Wandel vollends ertödtend, und den Börsenwölfen Gelegenheit gebend zur Ausplünderung des Publikums. Bald heißt es „Väterchen“ Alexander wolle abdanken, oder werde abgedankt, bald, die Russen seien bereits in die Türkei einmarschirt. Letzteres ist nun eigentlich eine alte Geschichte, denn die serbische Armee ist ja längst eine russische Armee. Die Londoner „Times“ faßelt von einem Bündniß Preussisch-Deutschlands mit England — Wisnard werde dadurch den Weltfrieden sichern. Wenn Wisnard nur nicht die russisch-französische Allianz am Hals hätte und „mit gebundener Marschrouten“ marschirte!

Das Parteiblatt „Vorwärts“, welches in Basel bis jetzt erschien, ist durch polizeiliche Maßregeln am Weitererscheinen vorläufig verhindert worden.

In dem in Breslau zu Anfang der Woche tagenden Verbandstage der deutschen Gewerksvereine, zu welchem Dr. Max Hirsch, der Verhandlungsleiter, nicht erschienen war, hatten sich „ganze“ 23 Delegirte eingefunden. Das nennt Nathan Schlesinger jedenfalls eine „sehr große Anzahl“ und einen bewundernswürdigen Fortschritt.

Correspondenzen.

g. Hamburg, 14. Oktober. Während in Hamburg und wohl in ganz Deutschland die Glanzperiode des echten Cri-Cri vorüber ist, scheint ein anderes Cri-Cri aufzutauchen zu wollen: das monotone Geplätsch der liberalen Zeitungs-Wadentseifer gegen die Sozialdemokratie. In Hamburg-Altona speziell haben sich nicht weniger als ein halbes Duzend ehrenwerther Preshorgane (ehrenwerth sind sie alle!) brüderlich zum Wettkampf gegen die Arbeiterbewegung verpflichtet. Hui, wird da entsetzt, wird da gefabelt und gefaselt, nur um die langen Spalten zur Begeisterung des Sozialismus zu füllen. Um das halbe Duzend zur bösen Sieben heranzubilden, hat sich neuerdings auch die Aufstandsdame Reform, geführt von dem streitlustigen Dr. Lindworm, wieder auf den Kampfplatz begeben. Sie läßt durch ihren Galan einen unfreier Redner nach dem andern kritisiren oder maltrairiren, wie man's nennen will, alles zu Ehren der höheren Rhetorik, aus deren Wolken Dr. Lindworm auf Anlaß des wurmstichigen „Bereins zur Verbreitung von Volksbildung“ vor nicht langer Zeit unanständig gefallen ist. Ob das so fort gehen wird? — Schwerlich, denn schon ist Dr. Lindworm aufgefordert worden, auf dem neutralen Boden des hiesigen Arbeiterbildungsvereins eine Lanze mit den Sozialdemokraten, insbesondere mit Geib, zu brechen, und heißt es heute, daß dieses Redeturnier im November erfolgen werde. Wir wissen zwar, daß solche Redebuelle nie zum Ziele, zu einer vollen Verständigung führen, aber wir stimmen trotzdem einem Auspruch eines Freundes zu: „Nicht es nicht, so schadet's auch nicht, interessant ist es immerhin.“ Ob wir auch in Vollsversammlungen Gegner finden werden, ist stark zu bezweifeln, obwohl zur Förderung der politischen Bewegung sehr zu wünschen. Unre Jüngler vertriehen sich unter das Schurzjoch der ehrlichen Gewerksamter und zanken sich wader über ihre eignen politischen und gewerblichen Sünden. Der alte Junfversichter Schwendt hat nämlich unsern tänzelnden Reichstagschmidt für seine Ideen breitgeschlagen, was den weniger reaktionären Handwerkern ein Grauel ist, wenn sie sonst auch für kriminalrechtliche Bestrafung des Contractbruchs sind und sich freuen, daß dieser Wunsch jetzt überall auf den Jungen der Nationalliberalen — ach, wie bald auch der Fortschrittler — schwebt. Herr Bivio, welcher noch immer kein Senator geworden ist, gilt als der Kampfbahn dieser „aufgeklärten Gewerbetreibenden“, nur schade, daß er keine Reichstagscandidatur annehmen will. Sonst könnte Schmidt ohne weiteres den Geheimrath Niederding und andere, ihm holde Gönner im Reichstage ansetzen: „An alle meinen Leiden, o weh, o weh, o weh, — daß ich Euch jeßt muß meiden, trägt Schuld der Bivio!“ — Uebrigens mit Hinblick auf den Stand der Dinge im hiesigen zweiten Wahlkreise würde der zweite Vers lauten: „Hinweg mit allen Klagen, juchhe, juchhe, juchhe, wird Hartmann ihn doch schlagen mit Glanz, den Bivio!“ — Doch genug der schlechten Verse, zumal jüngst erst die Oberammergauer Possionspieler, welche hier die bigotte Bourgeoise um einige tausend Thaler erleichterten, in lieblicher gebundener Rede das ganze Evangelium St. Matthäi unter die Menschen brachten. Vielleicht schreibe ich Ihnen bald mehr, und wenn's auch nur von der seligen Königin Louise ist, über welche nächstens Herr Pastor Hirsch in einer der „Abendunterhaltungen für Arbeiterinnen“ reden wird. Ist es doch gar zu spähig, die Arbeiterinnen im Geiste zur „heiligen Höhe“, wo Fürsten und Fürstinnen stehen oder einstmal standen, wie der geschundene Raubritter sagt, hingeführt zu sehen. Und nun aber! — Rein noch eins: „Gänzliche politische Verkommenheit kann den Deutsch-Conservativen irgendwo Wahlsitze in Aussicht stellen“ — so schreiben die hiesigen nationalliberalen Nachrichten. Wenn das Wisnard oder Eulenburg wüßte! Aber vielleicht ist's ihnen Wurst, alles — nationalliberal und conservativ — „Knobloch's“ Wurst!

s. Altona, 15. Oktober. Die Confusion unter den „Parteien“ der bestehenden Klasse hier in unserer Gegend ist bezüglich der Wahlen ungemein groß. Die einzelnen Personen, welche zu den Wahlcomités hinzugezogen werden, wissen gar nicht, welcher Partei sie „anverwandt und zugethan“ sind. So stehen im benachbarten Kreise Stormarn (Wandsbeck-Oldesloe) unter einem Aufruf an die Urwähler des Kreises, welcher für die Candidatur des conservativen Landraths von Leveque geschrieben ist, mehrere Namen, die vor drei Jahren unter den Wahlausrufen für den fortschrittlichen Candidaten Dr. Lutteroth sich befanden. Ja, einer der Herren, welche in engeren Wahlkreise für den conservativen Candidaten öffentlich durch Namensunterschrift eintraten, stand vor sechs Wochen unter einem Aufruf an die liberalen Wähler, welcher vom „Hauptbureau“ der Fortschrittspartei verfaßt war. Man sieht also, wie unverantwortlich der politische Verstand der deutschen Spitzbürger von den liberalen Korympheäen verkleinert worden, oder wie kolossal die Besinnungslosigkeit von dem Liberalismus in das deutsche Volk getragen ist. — Ist heute noch ein radikaler Fortschritt unmöglich, wie man vielfach behauptet, so wäre es wahrlich gut, wenn eine sture Reaction dem faulen Liberalismus ein jähes Ende bereite, damit das Volk erwache und sich nimmermehr von Stellenägern und heralgen

aktion macht das Volk wachsam und energisch, der feichte Liberalismus schlafert es ein und demoralisirt. — Ja, der Liberalismus, dieser öffentliche Vertreter des Kapitals, treibt auch unseren Gerichtsverhandlungen sein Wesen. Starr, unbegreiflich das Gesetz sein — gut, wir haben nichts dagegen. Wer man aber nur einen Blick auf die Schwurgerichtshandlungen in hiesiger Stadt, die am 13. und 14. Oktob stattfanden, so wird man doch eigenthümliche Ansichten erhalten. Am 13. fand die Verhandlung gegen einen Kaufmann wegen Urkundenfälschung statt; die Geschworenen nahmen mildernde Umstände an und der betreffende wurde wegen qualifizirter Urkundenfälschung zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt. In folgenden Tagen fand die Verhandlung gegen den früheren Direktor des Pinneberger Eisenwerks „Union“ und gegen seine Buchhalter ebenfalls wegen Urkundenfälschung statt. Der Direktor wurde unter Annahme mildernder Umstände wegen wiederholter qualifizirter Urkundenfälschung bei großer Gehehlichkeit des angerichteten Schadens zu drei Monaten und sein Helfershelfer zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Die mildernden Umstände wurden dadurch motivirt, daß der Direktor moralisch nicht als der allein Schuldige zu betrachten sei. An demselben Tage wurde ein 60jähriger Seilermeister da er durch falsche Vorspiegelungen sich Logis und Beköstigung auf Credit zu verschaffen gewußt hatte, unter Ausschluß mildernder Umstände wegen Betrugs im Rückfalle zu einem Jahr Zuchthaus und 150 M. Geldbuße und noch einem Monat Zuchthaus verurtheilt. Wahr mag es sein, daß der Betriebsdirektor der Pinneberger „Union“ vom Standpunkte der Moral Mithelfer an dem Verbrechen an seinen Mitgründern gehabt hat, daß deshalb auch mildernde Umstände anzunehmen waren; aber hatte der 60jährige Seilermeister nicht auch einen moralisch Mitschuldigen an seinem Vergehen? Möge sich die Herren Geschworenen an ihre Brust schlagen und sagen: „Herr, ich danke Dir, daß ich nicht bin wie jener „Betrüger“ — aber dennoch bleibt es wahr, daß die gesammte Gesellschaft, zu der doch die Herren Geschworenen auch gehören, die Haupt-Mitschuldige des „Betrügers“ ist. Wenn man wegen moralischen Mitschuld Anderer an einem Vergehen oder Verbrechen mildernde Umstände annimmt, so muß man dies bei jedem Vergehen oder Verbrechen thun, da es ohne moralische Mitschuld Anderer gar kein Vergehen oder Verbrechen giebt. Dies den Herren Geschworenen in hiesiger Stadt zur Beachtung eigenthümlich aber ist es, daß man bei den betrügerischen Kaufleuten, die die Urkundenfälschung zum Zwecke ihrer Bereicherung vornahmen, mildernde Umstände annahm, während man bei dem Arbeiter, der betrog, um zu essen und zu schlafen, verweigerte. Das spornt zum Nachdenken über den Werth oder Unwerth der bürgerlichen Geschwornengerichte an.

Ipsheo-Heide. (An die Parteigenossen im fünften schleswig-holsteinischen Wahlkreise.) Angefichts der bevorstehenden Wahl zum deutschen Reichstage ist es unsere Pflicht wollen wir Erfolge erzielen, uns zu organisiren, um tüchtig agitiren zu können; denn wir haben es mit zwei mächtigen Parteien zu thun — den Liberalen und der Landespartei. Parteigenossen! Wir ersuchen Euch: bildet allenthalben Wahlcomités und sucht durch Wort und Schrift in den umliegenden Orten agitiren. Vor allen Dingen aber ist es nothwendig, Geldmittel zu beschaffen — wir appelliren daher an Euren Opfermuth sucht ferner Eure Freunde und Bekannte, wenn sie weiter nicht thun können, zu bewegen, ein kleines Opfer zu bringen. I stehen ja nicht, wie den Segnern, Geldsack und sonstige Madmittel zur Verfügung steht. Thut also Eure Schuldigkeit!

Im Oktober 1876.

Das Wahlcomité:
C. Kreuzberg, R. Schred, J. Klassen,
in Ipsheo.
B. Off, H. Olde, W. Off,
in Heide.

NB. Gelder sind aus den Orten des Kreises Steinburg J. Klassen, Tischler in Ipsheo, hinterm Sandberg bei Schmader Rathens, zu senden. — Aus den Orten Rorder-Söderdithmarschens sende man Gelder an H. Off in Heide, D. D.

Haus bei Warkau. (Warnung.) 36 Zimmerleute haben hier am 7. Oktober die Arbeit niedergelegt, weil ihnen der ausbedungene Lohn nicht ausgezahlt worden ist. Die meisten dieser Zimmerleute — sämmtlich Deutsche — sind durch die Dortmunder Union hierher nach Rußland geschickt worden, mit dem Versprechen, sie sollten pro Tag 16 Sgr. über den in Dortmund üblichen Lohn bekommen. Diese Zusage hat die ehrenwerthe Union aber nicht gehalten, weshalb die Arbeitseinstellung erfolgt ist. Der Lohn, welchen unsere so schmählich hintergangenen, einem fremden Lande sich befindenden Kameraden bekommen reicht kaum zum Leben hin, so daß dieselben fast gezwungen sind, betteln zu gehen. Es werden hiermit alle deutschen merleute vor solchen Verlockungen, im Auslande Arbeit nehmen, gewarnt.

D. Kapell.

NB. Alle Arbeiterblätter werden ersucht, Obiges aufzunehmen.

Zeit, 11. Oktober. Am 26. August hatten wir eine gut besuchte Versammlung, in welcher Herr Zwieler aus Magdeburg referirte. Als Tagesordnung war aufgestellt: Der Wahlausruf liberaler Korympheäen. Nach Beendigung des trefflichen Vortrags, der sehr guten Anklang fand, wurde die Versammlung auf 10 Minuten verlagert. Es wurde darauf der Antrag aus der Versammlung gestellt, zur Deckung der Kosten eine Zellerksamlung zu veranstalten. Der Vorsitzende ließ abstimmen und der Antrag wurde einstimmig angenommen. Darauf erhob sich das überwachende Organ der Polizei von seinem Sitze und — löste die Versammlung auf. Es ist merkwürdig, daß man in Zeit d Zellerksamlung nicht gestatten will, trotz des Obertribunalsschlusses, welcher dahin geht, daß die öffentliche Sammlung für Vereinszwecke oder zur Deckung der Kosten einer Versammlung nicht unter die Kategorie der Collecten zu rechnen sei welche in Preußen die Genehmigung der Bezirksregierung fordern. Der Commissar erklärte, daß er sich um den Oberbundsbeischluß nicht kümmern, derselbe habe auch keine Gültigkeit für die Polizeibehörden der Provinz Sachsen. Sollten wir in der Provinz Sachsen noch Ausnahmemaße befehlen?

Genossen! Es ist nun an der Zeit, daß wir uns trotz dieser Schwierigkeiten rühren, damit wir bei der bevorstehenden Reichstagswahl unseren Gegnern beweisen, daß wir uns nicht fürchten, gegen dieselben in den Wahlkampf zu treten. Da auf, Ihr Arbeiter, es ist nur noch kurze Zeit bis zur Wahl Jeder muß seine Schuldigkeit thun.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Friedrich Langer.

(Anmerkung der Redaktion. Es ist allerdings richtig, daß die Polizeibehörden nicht unter dem Obertribunal stehen, daß sie vielmehr den Anordnungen der oberen Verwaltungsbehörden Folge leisten müssen. Dennoch ist es nicht zu

